

Vorsitzender: Herr PD Dr. Matthias Vonken Universität Erfurt

Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Erfurt  
Dezernat Wirtschaft und Umwelt  
Stabsstelle Nachhaltigkeitsmanagement  
Fischmarkt 11, 99084 Erfurt

Kontakt:  
stadtentwicklung@erfurt.de  
0361 655-2321

**Protokoll der 9. öffentlichen Sitzung des Kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirates (KHSBR)**

Datum: 08.07.2013  
Ort: Rathaus, Fischmarkt 1, Raum 244  
Zeit: 16:30 - 18:35 Uhr  
Anwesenheit: siehe Anlage

**Tagesordnung:**

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung des Beirates und ergänzte die vorliegende Tagesordnung nach Zustimmung der Beiratsmitglieder um den obligaten Punkt "Begrüßung und Protokollkontrolle".

geänderte Tagesordnung

0) Begrüßung und Protokollkontrolle

1) Diskussion zum Semesterticket

2) Diskussion zur Verbindlichkeit der Arbeit des Beirates bzw. der Akzeptanz der dort diskutierten Fragen durch Vertreter der Fraktionen des Stadtrates

3) Information zur Geschichte, Entwicklung und Stand des Studentenzentrums Engelsburg  
BE: Markus Hirche

4) Sonstiges

zu 0)

Der Vorsitzende eröffnete die Beratung und begrüßte die Anwesenden, besonders den Oberbürgermeister und die Vertreterinnen der EVAG.

Frau Nicole Barthel, Bereichsleiterin Betriebswirtschaft

Frau Marion Greiner-Bär,

Frau Monika Spitzbart

Das Protokoll vom 18.04.2013 wurde einstimmig und ohne Änderungen bestätigt.

Anm. Sey

Es wurde explizit nicht noch einmal Bezug genommen auf die Bestätigung der Empfehlungen für den Stadtrat (Projekt "Fremde werden Freunde" und "Semesterticket") als Anlage zum Protokoll vom 18.04.2013.

Da keine ablehnenden Meinungen dazu aufgemacht wurden, wird die Empfehlung als bestätigt gewertet und über das Ratsinformationssystem auf dem Weg zum Stadtrat gegeben.

verantwortlich: Sey

zu 1)

Auf der Grundlage der im Protokoll vom 18.04.2013 fixierten Darstellung der Diskussionen zum Semesterticket gab der Vorsitzende eine kurze Einführung.

Dr. Vonken gab danach das Wort an Dr. Schmidt-Röh, welcher Bezug nehmend auf die Diskussion und den vorliegenden Schriftverkehr betonte, dass, wenn eine kooperative Zusammenarbeit zwischen der EVAG und dem Studentenwerk Thüringen bzw. den Studierenden an sich erreicht werden soll, kein bloßer Verweis auf das Internet erfolgen und die Verhandlungsführung mit Offenheit und fair erfolgen sollte.

Zwar wäre die geplante Erhöhung des Preises des Semestertickets, bedingt durch die Erhöhung der Fahrpreise der EVAG, zwischenzeitlich beschlossen und umgesetzt, er wünscht sich für die Zukunft aber eine andere Diskussionskultur.

Die Studierenden wären sehr aufgeschlossen, hätten z. B. den Zusatzbaustein "VMT" gut angenommen. Diese Aufgeschlossenheit sollte nicht aufs Spiel gesetzt werden. Er betont, dass durch die Gleichzeitigkeit der Baumaßnahmen und der Preiserhöhung eine besondere Situation entstanden sei, welche den Sachverhalt besonders deutlich herausstelle, dessen ungeachtet gab es Anfragen und Vorschläge, welche seitens der EVAG nicht reflektiert oder diskussionslos abschlägig abgelehnt worden sind.

Der Oberbürgermeister erläuterte unter Bezug auf das Alter der Brücke und der Schaffung von Barrierefreiheit die Notwendigkeit der Baumaßnahme, schätze aber ein, dass er selbst keine großen Einschränkungen wahrnehme- trotz Baustelle liefe es eigentlich reibungslos. Seitens der Fahrgäste, zu denen sicher auch viele Studierende zählen, wären keine Protestbriefe eingegangen. Scheinbar gäbe es auch kaum Rückgänge bei den Fahrgastzahlen. Auch die Schienenersatzmaßnahmen schienen gegriffen zu haben

Frau Barthel räumt ein, dass Herr Dr. Schmidt-Röh eher hätte einbezogen werden können, sieht ebenfalls keine großen Einschränkungen und betont, dass es im Vorfeld umfangreiche Umfrage bezüglich Umleitungsstrecken, Linienführung für den Ersatzverkehr etc. gegeben hätte. Sicher wären dabei auch Studierende befragt worden - im Rücklauf gab es viel Post, aber insgesamt wenig Protest.

Vom Vorsitzenden angefragt, gaben die Studierenden ihre Meinung zum Thema ab, wobei Herr Tscherny besonders auf die Preiserhöhungen einging, nach dem in 8 Jahren der Preis um 67 % gestiegen wäre und gleichzeitig eine schlechtere Taktung erfolge.

Frau Barthel als auch Frau Spitzbart betonten, dass auch ökonomische Aspekte berücksichtigt werden mussten, wobei aber stets eine Prüfung von Angebot und Nachfrage erfolgt sei. Dem höheren Angebot am Wochenenden (Fr./S,) werde dem auch gerecht (auf Hauptachsen 10'/15 Takt).

Konsens herstellend führte auch Prof. Heinemeyer aus, dass beide Seite (ökon. Aspekte/Auslastung und Angebot) berücksichtigt werden müssen. Er betonte aber, dass die Studierenden andere Info-strecken hätten als die BürgerInnen der Stadt, was Frau Morgenroth an anderer Stelle bestätigte. Auch der Oberbürgermeister führte aus, dass Stadt und EVAG gut zusammengearbeitet hätten, Studierende aber über andere Kanäle als Amtsblatt und Infobus zu erreichen wären

Dr. Schmidt-Röh wiederholte seine Überzeugung, dass man das Thema hier im Beirat im Vorfeld hätte ansprechen können. Dafür wäre er da! Der Oberbürgermeister bestätigte dies zusammenfassend und betont, dass dieses ein Gremien wäre, die Information schnell und direkt an die StuRa bzw. die Studierenden zu geben.

Auch der Oberbürgermeister ging noch einmal auf wirtschaftliche Aspekte ein und brachte zum Ausdruck, das Erfurt einen recht guten ÖPNV vorweisen könne. Er bemerkte bezogen auf die Änderung der Zug-Taktung, dass, wenn ein Zug seit 5' weg wäre, es ja nur 10' bis zum nächsten dauere. Frau Barthel bemerkte weiter, dass die Taktung dort zurückgenommen wurde, wo die Nachfrage nicht vorhanden ist und der Einsatz der Züge unwirtschaftlich wird. Grundlage für alle Änderungen wäre eine detaillierte Fahrgastzählung mittels Infrarotzählgeräten. Die Anfrage für eine kostenfreie Mitnahme von Fahrrädern wurde, wie schon im Schriftverkehr, auch im Forum negativ beantwortet. Begründung dafür ist, dass im Sinne einer Gleichbehandlung bei der kostenfreien Mitnahme von Fahrrädern die Kapazität der vorhandenen Züge nicht ausreiche, die Anschaffung anderer größerer Straßenbahnzüge aber unrealistisch sei.

Anschließend brachte Dr. Schmidt-Röh seine Hoffnung zum Ausdruck, dass in nächster Runde eine bessere Kommunikation liefe und das Thema VMT von Anfang an berücksichtigt wird.

Prof. Griese würdigt, dass das Thema hier im Beirat behandelt würde, was durch die allgemeine Bestätigung, dass der KHSBR ein guter Kommunikationspunkt für Informationen an Studierenden bzw. die StuRa wäre, untersetzt wurde

Auch der Oberbürgermeister unterstrich die Notwendigkeit einer besseren Kommunikation und bat gleichzeitig, die Fahrradmitnahme in den Nebenzeiten zu prüfen.

Abschließend wurde Konsens darüber erzielt, weitere Diskussion zum Thema auch über und mit dem KHSBR zu führen.

zu 2)

Wirkungsweise des Gremiums KHSBR

Ausgangspunkt der Diskussion war die Kritik von Dr. Schmidt-Röh, dass zu den Sitzungen des Kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirates wenig Beteiligung der Fraktionen des Stadtrates bzw. der durch diese benannten Vertreter zu verzeichnen ist. (vergl. Protokoll vom 18.04.2013)

Damit ist von dem, was im Beirat diskutiert wurde, nichts in den Fraktionen angekommen und der Beirat erfährt umgekehrt auch nicht, was die Fraktionen bezüglich Beschlüssen, die ggf. die Studierenden und die Hochschulen betreffen können, diskutieren. Es ergab sich daraus die Frage, welche Rolle der Beirat eigentlich für den Stadtrat und die Fraktionen hat. Letztlich wäre der Beirat auf Vorschlag und mit Beschluss des Stadtrates gegründet worden! Herr Schröter merkt dazu an anderer Stelle an, man hätte sich die ganze Zeit nur um sich selbst gedreht.

Der Oberbürgermeister stellte fest, dass dies ein Thema für den Hauptausschuss wäre und sagte zu, das Thema bei der nächsten Sitzung des HA aufzurufen.

Frau Henning bemerkte, dass laut Satzung nur ein von den Fraktionen benannter Vertreter Mitglied im Ausschuss wäre und nicht ein Fraktionsmitglied selbst. Sie sieht dies als Manko und schlägt vor, die Satzung dahingehend zu ändern mit dem Ziel, eine höhere Verbindlichkeit zu erlangen. Der Oberbürgermeister hinterfragte diese Forderung dahingehend ob es richtig wäre, direkt Fraktionsmitglieder einzubinden. Gerade für kleinere Fraktionen wäre dies eine weitere Belastung. Wichtig wäre die Kommunikation und führte auch aus, dass zum Beispiel in anderen Ausschüssen oder Beiräten sachkundige Bürger, die auch einer Partei zugehörig sind, arbeiten. Er betonte noch einmal die notwendige Diskussion im Hauptausschuss. Auch müsse die Vertretung im Verhinderungsfall geregelt werden. Weitere Festlegungen dazu gab es nicht.

Bezogen auf die Verbindlichkeit der Arbeit des Ausschusses fragte der Vorsitzende den Oberbürgermeister, wie die Zusammenarbeit des OB mit der geschäftsführenden Stelle des Beirates in der Verwaltung liefe. Der OB führte daraufhin aus, dass der Hochschulbeauftragte über die Sitzungen informiert, auch über dort aufgeworfenen Fragen und das letztlich ja auch die Protokolle regelmäßig zugehen. Die Empfehlungen, die der Beirat für den Stadtrat ausfertigt, werden zuerst in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters (DBOB) behandelt und erst danach in die Ausschüsse verwiesen.

Prof. Herr Heinemeyer erweiterte die Fragestellung dahingehend, dass der Beirat rechtzeitig über anstehende Beschlüsse des Stadtrates informiert sein sollte, wenn diese Belange der Studierenden tangieren.

Herr Seyfarth schlug vor, den Geschäftsführer des Beirates im Kommunalen Sitzungsdienst (KSD) im Bereich "Beteiligungen" einzusetzen mit dem Ziel, dass potentielle Einreicher von Vorlagen jedes Mal dann eine Beteiligung notwendig machen, wenn Beschlüsse mit Hochschulbezug anstehen. Der Hochschulbeauftragte wäre dann als Beteiligter in der Lage, dem Vorsitzenden zuzuarbeiten, welche Beschlüsse anstehen.

DR. Schmidt-Röh bemerkte dazu, dass in Jena der Beirat alle Vorlagen in die Hand bekäme und sich aus diesen jene raussucht, die die Hochschulen bzw. die Studierenden tangieren und dass dies der Vorsitzende dort selbst entscheidet.

Der Oberbürgermeister negierte allerdings diese Methode mit der Fragestellung, wer im Verfahren entscheidet, ob die Vorlage öffentlich oder nicht öffentlich ist und welche Vorlage relevant ist???

Der Vorsitzende bemerkte dazu, dass die Arbeit und Aufgabe des Beirates kann nur funktionieren kann, wenn die Anliegen der Hochschulen in die Stadt und umgekehrt Maßnahmen der Stadt in den Beirat kommen. Wenn es so wichtig gewesen war, diesen Beirat haben zu wollen, müsse dieser auch informiert sein. Herr Schröter stellte die Frage in den Raum, ob das, was im Beirat besprochen wird die Fraktionen überhaupt interessiere??

Frau Henning bemerkte darauf dass in der Satzung stünde, dass der OB den Beirat informiert. Dies bedeutet, dass ein Zugriff auf das Ratsinformationssystem nötig wäre. Der Oberbürgermeister betonte wiederholt, dass diese Fragestellung mit den Fraktionen ebenso zu klären sei, wie die Funktionalität des Informationsflusses, der in beide Richtungen funktionieren müsse.

Es konnte, auch in Hinsicht auf den Vorschlag von Herrn Seyfarth bezüglich der Einbindung der geschäftsführenden Stelle des Beirates ins KSD, nicht geklärt werden, wo der Filter zu setzen wäre.

Herr Kepetziuk, Projektleiter des Modellprojektes "Lernen vor Ort", hatte nach interner Kommunikation mit dem Oberbürgermeister den Vorschlag unterbreitet zu prüfen, inwiefern das Modellprojekt in diesen Prozess eingebunden werden könne. Ein Ergebnis wurde allerdings noch nicht erzielt

Aus der Beratung insgesamt erwuchs die Frage, ob der Beirat vor dem Stadtrat einen Bericht über die Arbeit und die beratenden Themen halten könne, um einerseits die Inhalte der Arbeit zu unterstreichen und andererseits den Stadtrat bzw. die Fraktionen dahingehend zu motivieren, die Zusammenarbeit mit dem Beirat zu intensivieren.

Einstimmig votierten die Mitglieder des Beirates dafür im Zeitraum Januar/ Februar 2014 im Rat einen Bericht über die Arbeit seit der Gründung des Beirates und die behandelten Themen zu halten.

zu 3)

Herr Hirche gab einen Bericht über die Entwicklung des vor 45 Jahren gegründeten Studentenzentrums Engelsburg, welches aus dem Studentenclub der ehemaligen medizinischen Akademie hervorgegangen ist.

Die Ziele, wie die Bewahrung des historischen Erbes der Engelsbug und die Erhaltung der historischen Bausubstanz sind eine strategische Ausrichtung der Arbeit der Engelsburg ebenso wie die Erweiterung der Nutzungsmöglichkeiten. Auch bildet das WIESEL zusammen mit dem Internationales StudienInformationsZentrum (ISIZ) ein Beratungszentrum für Studierende, wo sich Studieninteressierte Tipps und Tricks rund ums Studium holen, Skripte bestellen oder Merchandising-Artikel erwerben sowie BAföG- oder Wohnheimanträge abholen und wieder abgeben können u. a. m.

Weiter hat sich die Engelsburg als ehemaliger reiner Studentenclub geöffnet und steht heute den Jugendlichen der ganzen Stadt und deren Gästen zur Verfügung. Zahlreiche Veranstaltungen unterschiedlichster Art bedienen ein breites Publikum, gleichzeitig hat sich die Engelsburg als gefragte gastronomische Adresse im Herzen der Altstadt etabliert.

Mittlerweile gibt es 22 Festangestellte und 7 Auszubildende und 11 Mitarbeiter mit operativer Tätigkeit, der Jahresumsatz beträgt ca. 1,2 Mio. EURO.

Die Engelsburg arbeitet derzeit gemeinsam mit Universität an einem Alumni-Projekt und hat sich auch so als Anlaufpunkt für das studentische Leben in der Stadt einen sehr guten Namen gemacht. Herr Hirche wird die Präsentation, die aus technischen Gründen nicht vorgeführt werden konnte nachliefern (Anlage)

siehe auch [http://de.wikipedia.org/wiki/Engelsburg\\_%28Erfurt%29](http://de.wikipedia.org/wiki/Engelsburg_%28Erfurt%29)

Die nächste Beratung des Kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirates findet am 08.07.2013, 16:30 Uhr im Rathaus, Fischmarkt 1, Raum 244 statt.

Aufgestellt: 15.07.13

PD Dr. M. Vonken  
Vorsitzender

Peter Seyfarth  
Hochschulbeauftragter

Anlage:

Die Präsentation liegt noch nicht vor, wird nach geliefert, wenn Herr Hirche sie gemailt hat  
Anwesenheitsliste